

Positionen

Zivilgesellschaft in Zeiten multipler Krisen

Eine Welt-Impulse für die
Europawahl 2024



[www.agl-
einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de)

Inhaltsverzeichnis

Impulse

S. 3

➔ Einleitung

S. 4

➔ Unsere Eine Welt-
Impulse

Daten + Fakten

S. 7

➔ Die 16 Eine Welt-
Landesnetzwerke in
Deutschland

S. 8

➔ Impressum +
Über die agl

Zivilgesellschaft in Zeiten multipler Krisen

Zivilgesellschaft in Zeiten multipler Krisen: Eine Welt-Impulse für die Europawahl 2024

Die Europa-Wahl 2024 steht im Kontext einer Zeit von sich überlappenden Krisen und Konflikten, die vielerorts zu gesellschaftlichen Spaltungen und zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie und politische Strukturen führen. Dabei sind die globalen Ungleichheiten in den letzten Jahren immer größer geworden und die COP28 in Dubai zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen, die Klimakrise aufzuhalten, bei Weitem nicht ausreichen.

Es braucht gemeinsame Anstrengungen der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft um diese immensen Herausforderungen zu bewältigen. Dabei kommt der Zivilgesellschaft als Mitgestalterin und Brückenbauerin in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. Gerade in akuten Krisenzeiten ist die Zivilgesellschaft handlungsfähig, kann von der kommunalen bis zur europäischen Ebene Menschen erreichen, Vertrauen und ein interdependentes und globales Verständnis aufbauen und die Menschen vor Ort für eigenes Engagement motivieren. Denn zivilgesellschaftliches Engagement ist das Rückgrat von zukunftsfähigen demokratischen Gesellschaften und trägt auf der ganzen Welt den Wandel mit, ist Triebkraft für nachhaltige Entwicklung und globale Solidarität.

Wenn wir die Welt im Sinne globaler Gerechtigkeit und der Sustainable Development Goals (SDGs) gestalten möchten, sollten wir in Deutschland anfangen und in Europa weitermachen – damit es sich seiner globalen Verantwortung stellt. Dazu gibt es eine Reihe von Eine Welt Themen, die wir stärken wollen und die in unseren Impulsen für die Europa-Wahl 2024 dargestellt sind.

Die agl ist der Zusammenschluss der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland. Durch Bildungsprogramme, Information, Beratung und Vernetzung unterstützen wir unsere Mitglieder in ihrem Einsatz für globale Gerechtigkeit und ein nachhaltiges Leben. Wir stärken Strukturen der Eine Welt-Arbeit, fördern gemeinsam mit den Landesnetzwerken und vielen entwicklungspolitischen Vereinen und Initiativen vor Ort zivilgesellschaftliches Engagement und mischen uns in die Politik und öffentliche Debatten ein. Für eine starke Stimme der Zivilgesellschaft.

www.agl-einewelt.de

Unsere Eine Welt-Impulse

Stärkung der Zivilgesellschaft

Wir brauchen ein Europa mit einer starken Zivilgesellschaft, um den multiplen Krisen, Krieg und nationalistischem Populismus entschieden entgegen treten zu können. Die Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsräume (Shrinking spaces) gefährden ein demokratisches, gerechtes und nachhaltiges Europa. Es braucht eine europäische Strategie, um den zivilgesellschaftlichen Organisationen Rechtssicherheit für ihre Arbeit zu garantieren und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, das nicht nur in autokratischen Staaten immer stärker gefährdet ist. Gremien und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zur Stärkung des Bereichs auf Europaebene (z.B. CONCORD) sollten gestärkt werden.

Klimaschutz und zukunftsfähige Entwicklung

Europa hat eine wichtige Rolle für den globalen Klimaschutz sowie zur Anpassung an die globalen Folgen des Klimawandels. Im Fokus steht jetzt: 1) Es geht nicht nur um die wichtige Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050, sondern es braucht konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen/Sektoren. 2) Die Transformation von Infrastruktur (Stromnetze, Verkehr, Gebäude, Ausstieg Verbrennungsmotor, Industrieumbau) braucht einen konkreten Plan sowie Leuchtturmprojekte. 3) Wichtig sind jetzt der Auf- und Ausbau von Allianzen der EU mit anderen Staaten für Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (Resilienz) und für nachhaltige Entwicklung in der EU und in den Partnerregionen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen stärken

Der Wandel hin zu einer sozialen und ökologischen Gestaltung unserer Gesellschaft ist dringender denn je, er kann nur gelingen, wenn alle Menschen in der EU dazu befähigt sind, diese mitzutragen und mitzugestalten. Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE) und Global Education (GE) sollten als Bildung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in Europa fest verankert und finanziell deutlich stärker gefördert werden. Dafür ist eine Ausrichtung der bestehenden Förderprogramme wie Erasmus plus an den SDGs und dem UNESCO Programm "Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2030" unentbehrlich. Auf der Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte dabei ein wesentlicher Schwerpunkt liegen. Der bewährte „Whole Institution Approach“ für eine nachhaltige Organisationsentwicklung sollte bei Förderungen und Maßnahmen auf EU-Ebene verankert werden (nachhaltige Beschaffung, demokratische Entscheidungsstrukturen etc.).

Nachhaltige europäische Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitiken

Wir brauchen eine Kehrtwende zu demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitiken, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientieren. Handelsabkommen sollten gerecht gestaltet und Sonderklagerechte gestoppt werden. Die problematischen Europäischen Wirtschaftsabkommen EPAs sollten ausgesetzt und die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit den AKP-Ländern resilienzfördernd gestaltet

werden. Dies gilt für alle Länder und Regionen des Globalen Südens, mit denen die EU Verhandlungen um Freihandelsabkommen führt. Öffentliche Beschaffung sollte konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien verbindlich ausgerichtet werden – europaweit. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen sollten wirksam verankert und die EU-Agrarpolitik im Sinne der Agenda 2030 reformiert werden.

Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremist*innen im Europäischen Parlament

Die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien im Europaparlament sollte von allen demokratischen Parteien und Kandidat*innen ausgeschlossen werden. Bei den Beratungen zur Lieferketten-Richtlinie („CSDDD – Corporate Sustainability Due Diligence Directive“), zum EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur („Restore Nature Law“) und zur Ausgestaltung der Auto-Abgasnorm Euro 7 für ab 2025 neu zugelassene Fahrzeuge haben einige Mitte-Rechts-Parteien in der aktuellen Wahlperiode aktiv versucht, Mehrheiten gemeinsam mit rechtsextremen Parteien zu bilden. In der neuen Wahlperiode des Europäischen Parlaments sollten solche Kooperationen ausgeschlossen werden. Wir brauchen die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte, um den Umbau hin zu Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit und internationaler Solidarität mit einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Menschenrechte und der Demokratie zu verbinden.

Menschenrechtsorientierte europäische Migrationspolitik

Europäische Migrationspolitik ist zu stark auf Migrationsabwehr und zu kurzfristig angelegt. Die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist ein frontaler Angriff auf die Rechte von Schutzsuchenden und wird selbst ihre selbstgesteckten Ziele verfehlen. Sie bedeutet die verstärkte Zusammenarbeit mit undemokratischen Regimen und damit deren Förderung. Europa sollte sich stattdessen an einem positiven und inklusiven Verständnis von Migration orientieren. Der Globale Migrationspakt (2018) und die Agenda 2030 (bes. SDG 10.7) sind dafür Referenzrahmen. Viele Fluchtursachen sind Made in Europe: Ob durch ungerechte Handelsverträge in der Agrar- und Fischereipolitik, bei den CO2-Emissionswerten oder bei militärischen Interventionen und Waffenexporten – Europa sollte seine Verantwortung wahrnehmen. Wir brauchen ein solidarisches Europa - das sollten Europapolitiker*innen immer wieder deutlich machen. Geflüchtete sollten in Europa Schutz finden, auch vor Rassismus. Legale und zugängliche Migrationswege nach Europa sollten endlich geschaffen werden, mit den Bedürfnissen der Migrant*innen und den legitimen Interessen der Herkunftsgesellschaften fest im Blick.

Stärkung regionaler Strukturen

Wir brauchen eine stabile Förderung der Regionen Europas für deren nachhaltige Entwicklung. Dazu gehören die Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen unter nachhaltigen Gesichtspunkten – auch und im Besonderen bei Abkommen mit Drittstaaten.

Die Förderung der Zivilgesellschaft in strukturschwachen Regionen ist angesichts des zunehmenden Verlusts gesellschaftlichen Zusammenhalts in Stadt und Land zentral: aktuelle Herausforderungen, wie die zunehmende Migration nach Europa, das Vorschreiten des Klimawandels sowie Kriege und Konflikte können wir mit einer starken Zivilgesellschaft, die sich für Vielfalt und eine friedliche, nachhaltige Entwicklung weltweit einsetzt, angehen.

Stadt und Land sollen als Einheit fungieren, Kreislaufwirtschaft sowie kleine, mittelständische und regionale Unternehmen gefördert und Kommunen nicht zu Privatisierungen gezwungen werden. Die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss angesichts der klimatischen Veränderungen ökologisch und nachhaltig ausgebaut und stärker unterstützt werden. Dies gilt insbesondere auch für Handelsabkommen mit Drittstaaten.

Internationale Partnerschaften

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich international engagieren, spielen bei der Bewältigung und Lösung globaler Herausforderungen und Krisen eine sehr wichtige Rolle. Austausch- und Lernprozesse sowie entsprechende Netzwerke sollten deutlich stärker und verlässlicher unterstützt werden: Es braucht eine ausreichende Förderung des globalen Wissens- und Erfahrungstransfers, die Finanzierung von internationalen Reisekosten sowie der Teilnahme an multinationalen Foren und Konferenzen von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die Verbesserung von Visa-Bedingungen für Austausch-, Lern-, Projekt- und Begegnungsreisen sowie die Schaffung geeigneter Förderlinien für länderübergreifende Partnerschaften und Kooperationen.

Die 16 Eine Welt-Landes- netzwerke in Deutschland

DEAB – Dachverband Entwicklungs- politik Baden-Württemberg e.V.

Fon: 0711/66 48 73 60
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER – Berliner Entwicklungs- politischer Ratschlag e.V.

Fon: 030/42 85 15 87
info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin

VENROB – Verbund Entwicklungs- politischer Nichtregierungsorganisa- tionen Brandenburgs e.V.

Fon: 0331/70 489 66
info@venrob.org
www.venrob.org

BeN – Bremer entwicklungs- politisches Netzwerk e.V.

Fon: 0421/69 53 14 23
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Nutzwerk Hamburg Global e.V.

Fon: 040/22 60 92 77
kontakt@hamburg.global
www.hamburg.global

EPN – Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

Fon: 069/91 39 51 70
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Fon: 0381/36 767 46-1
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

VEN – Verband Entwicklungs- politik Niedersachsen e.V.

Fon: 0511/39 16 50
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.

Fon: 0251/28 46 69-0
info@eine-welt-netz-nrw.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

ELAN – Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.

Fon: 06131/97 208 67
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

NES – Netzwerk Entwicklungs- politik im Saarland e.V.

Fon: 0681/938 52-35
info@nes-web.de
www.nes-web.de

ENS – Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V.

Fon: 0351/49 233 64
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

ENSA – Eine Welt Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.

Fon: 0340/23 011 22
ewnsa@web.de
www.ewnsa.de

BEI – Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

Fon: 0431/67 93 99-00
info@bei-sh.org
www.bei-sh.org

EWNT – Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.

Fon: 03641/22 499 50
buero@ewnt.de
www.ewnt.de

Impressum + Über die agl

Herausgeber*in:

agl – Arbeitsgemeinschaft
der Eine Welt-Landesnetzwerke
in Deutschland e.V.,
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin,
www.agl-einewelt.de

Erscheinungsdatum:

Dezember 2023

Über die agl:

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Zusammenschluss der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt-Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern. Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerke sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen.